

Lüdinghausen, 03.03.2005

Michael Spiekermann-Blankertz - Haushaltsrede der SPD-Fraktion zum Haushalt 2005

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Ein kluger Mensch hat einmal geäußert, zum Autofahren gehört, dass man immer mal wieder in den Rückspiegel blickt. Man könne aber ein Auto nicht zu lange über den Rückspiegel steuern, sondern müsse bald wieder nach vorne blicken.

Gestatten Sie mir daher einen kurzen Rückblick auf das abgelaufene Haushaltsjahr. Sie sprachen letztes Jahr noch von einer Meisterleistung, als Sie den Haushalt für 2004 einbrachten. Es wurde aber für Lüdinghausen ein Jahr der Stagnation. Es ist nicht gelungen, das strukturelle Defizit zu verringern, das Gegenteil ist eingetreten. Es kam in 2004 nicht zur erhofften Ansiedlung von Bruno Kleine, es wurden 190.000 € für ein Grundstück ausgegeben, das kurzfristig nicht zu vermarkten ist. Weiterhin ist es bis heute nicht gelungen, den Knoten in der Borg durchzuschlagen. Die Beteiligung an der Fragebogenaktion zum Thema Parken verlief zunächst sehr unbefriedigend. Jetzt sind es über 1000 Rückmeldungen und wir müssen die Auswertung abwarten.

Nach der Kommunalwahl- warum wohl danach – wurde uns der zweite Zwischenbericht vorgelegt. Kernaussage: Der Haushaltsausgleich ist gefährdet. Die Gründe liegen neben geringeren Gewerbesteuerereinnahmen und anderen Faktoren auch darin, dass die Grundverkaufserlöse deutlich hinter den Erwartungen blieben. Dass Diese zu hoch angesetzt waren, habe ich in meiner letzten Haushaltsrede gesagt. Gleiches gilt für diesen Haushalt.

Im Bereich der Stever / Borg und im Bereich der Janackergärten hat die Stadt enormes Kapital in Grundstücke gebunden. Interessenten werden aber kaum bereit sein zu investieren, und ich muss mich hier wiederholen - wenn sie erst Planungswettbewerbe veranstalten müssen, dann aber nicht sicher sein können, was die CDU Mehrheit im Rat genehmigt. Benötigt werden klare Vorgaben im Bebauungsplan mit optimierter Nutzungsmöglichkeit der Flächen und auch die Sicherstellung der Einstellplätze. Hier wird keine Bodenvorratspolitik betrieben, hier wird Geld vernichtet durch die dafür erforderlichen und notwendigen Zinszahlungen. Hier muss der Knoten durchgeschlagen werden. Und wenn uns der Mut fehlt, wäre vielleicht eine Lösung wie am Sportplatz in Seppenrade angedacht denkbar, nämlich dass man eine Lösung gemeinsam mit einem Investor sucht.

Trotzdem haben wir in 2004 auch Weichen gestellt, Weichen gestellt, die hoffentlich mittelfristig Veränderungen bewirken, damit es mit Lüdinghausen nach vorne geht.

Den Planungen zum so genannten Darley-Park als potentiell zukünftiges Gebiet für einen weiteren Baumarkt und großflächigen Einzelhandel haben wir zugestimmt, da wir es für wichtig halten, Kaufkraft in Lüdinghausen zu binden und Defizite in der Versorgung abzubauen. Dies stärkt auch die mittelzentrale Funktion. Die offene Ganztagsgrundschule wird zum Schuljahr 2005/2006 auch in Lüdinghausen endlich die Schullandschaft bereichern. Darüber hinaus ist es für die Stadt ein weicher Standortfaktor, sie gewinnt an Attraktivität und der Schulstandort Lüdinghausen wird gestärkt. Wir fordern aber für die offene Ganztagsgrundschule auch die nötige Professionalität und Sach- und Fachkompetenz. Dass der LOMP mit ins Boot genommen wird, dagegen haben auch wir nichts, wir konnten es ja schon im Wahlprogramm der CDU zur Kommunalwahl nachlesen, aber wir erwarten, dass der LOMP diese Aufgabe mit der notwendigen Professionalität erfüllt!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Es scheint so, als würde sich die Ansiedlung von Bruno Kleine und Lidl in diesem Jahr realisieren lassen. Der Engpass in der Versorgung mit Lebensmitteln zwingt den Edeka Spar Markt zur Expansion. Nur – ob diese – wie wir alle befürworten – an der Janackerstiege stattfindet, ist zweifelhaft. Der Umlegungsausschuss braucht Zeit. Diese Zeit wird der Markt aus wirtschaftlichen Gründen nicht haben. Daher stehen wir auch einer Ansiedlung an der Konrad Adenauer Straße als zweitbesten Lösung positiv gegenüber.

Mit Unterstützung des Landes haben wir den Architektenwettbewerb für die Bürgerhalle durchgeführt mit einem – so meint unsere Fraktion – sehr guten Ergebnis. Der Zug rollt und das ist gut so, nur ohne Landesmittel würde der Zug stehen bleiben.

Nicht zuletzt führt der Bau des Altenpflegeheimes am St. Marienhospital zur Stärkung eben dieses Krankenhauses. Hier sind weitere Investitionen geplant und auch die werden für den Erhalt des Krankenhauses nötig sein.

Zum Haushalt selbst:

Bei der Einbringung des Haushaltes gingen Sie, Herr Bürgermeister noch von folgenden Eckdaten aus:

Die Rücklage ist aufgebraucht; die Einnahmen aus Gewerbesteuer wurden mit 5.500.000 € angesetzt, Einnahmen aus Grundverkaufserlösen betragen 4,3 Mio. Euro! Das strukturelle Defizit beträgt laut Ansatz 3.348.000 Mio. Euro. Nach vorläufigen neuen Zahlen sogar 3,45 Mio. Euro. Meine Damen und Herren, das sind über 10% des gesamten Verwaltungshaushaltes. Gegenüber dem Zahlenwerk des BVB Borussia Dortmunds erscheint das gering, aber meine Damen und Herren, so kann das nicht weiter gehen. Wie dem Fußballverein geht auch uns die Luft aus. Zurecht wies unser Bürgermeister darauf hin, dass dies wohl, wenn sich nichts gravierendes ändert, der letzte Haushalt vor dem Haushaltssicherungskonzept sei. Wer jahrelang über seine Verhältnisse lebt, der landet zwangsläufig irgendwann dort.

Ich will hier nichts beschönigen, aber diese Situation beklagt unsere Fraktion seit 1993!! Also seit der Ära Kohl haben wir dieses strukturelle Defizit und das das so weiter geht ist auch ein Verdienst der Verweigerung der CDU im Vermittlungsausschuss, als es um die Verabschiedung der Gemeindefinanzreform ging. Herr Bürgermeister, Sie haben es bei der Einbringung des Haushaltes sehr wohl deutlich gemacht. Es ist kein Ersatz für eine durchgreifende Reform der Gewerbesteuer. Diese durchgreifende Reform in Form einer Gemeindefinanzsteuer mit der Einbeziehung der Freiberufler und einer deutlichen Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ist von der CDU-Mehrheit im Bundesrat blockiert und somit eine Lösung der strukturellen Probleme bei der Gewerbesteuer verhindert worden. Ebenso der Abbau von ungerechtfertigten Steuerbegünstigungen. Danach hätten die Kommunen 4 Mrd. mehr für Investitionen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze gehabt.

Die Rücklage wurde 2004 entgegen der Erwartung nicht ganz aufgebraucht. Es stehen aus der Jahresrechnung 2004 noch 525.000 Euro zur Verfügung. Auch die Kreisumlage belastet den Haushalt entgegen dem Entwurf mit 265.000 € weniger. Macht zunächst mal eine Entlastung um 790.000 € gegenüber den Zahlen zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltes. Demgegenüber verringern sich die Gewerbesteuereinnahmen um 500.000. Summa Summarum führt die Jahresrechnung dazu, dass der Ansatz aus Grundverkaufserlösen bereits jetzt um 390.000 Euro gekürzt wird. Man stelle sich vor:

Da ergibt das Jahresergebnis einen Überschuss von ca. 525.000 €, schon wird die geplante Einnahme aus Grundverkauf gekürzt. Daran wird deutlich – und die Schuld für diese Vorgehensweise liegt nicht bei der Kämmerei, sondern im System der Kameralistik – daran wird deutlich, dass dieser Haushalt vom Wunschdenken geprägt ist.

Es erscheint uns kaum möglich, die geplanten Einnahmen von fast 4 Mio. Euro aus Grundverkaufserlösen und 800.000 Euro aus Erschließungsbeiträgen zu erzielen. Wie jedes Jahr weisen wir auf den ungesunden Tatbestand hin, dass unser Haushalt nur dadurch ausgeglichen werden kann. Aber dafür werden erhöhte Infrastrukturmaßnahmen nötig sein, die wir nicht mehr bezahlen können.

Im Augenblick haben wir in den Wohnbaugebieten Kranichholz, Stadtfeld und Paterkamp Südwest noch insgesamt 5 Wohnbaugrundstücke zu veräußern. Woher sollen also die Einnahmen kommen? Aus den Gewerbegebieten?

Wir haben andererseits Verpflichtungen dem Bürger gegenüber. Die eingenommenen Erschließungskosten aus dem Kranichholz und Stadtfeld II sind bereits verbraucht worden, aber die Leistungen haben wir noch nicht erbracht. Sie sind dem Schuldenstand als Verpflichtungen hinzuzurechnen.

Um überhaupt ansatzweise die geplanten Grundverkaufserlöse realisieren zu können, ist daher das Baugebiet Paterkamp Südost schnellstmöglich zur Marktreife zu bringen. Die ersten Entwürfe wurden bereits vorgestellt, und die SPD fordert, dass auch hier Wert darauf gelegt wird, preiswertes ökologisches Bauen wie im

angrenzende Wohngebiet Paterkamp zu ermöglichen. Es bietet sich in diesem Baugebiet geradezu an und diese Häuser konnten allesamt gut vermarktet werden.

Die viel diskutierte Kreisumlage ist lediglich in der Höhe des Vorjahres angesetzt. Das Thema Hartz IV wird derzeit nicht im Kreishaushalt aufgenommen, sondern später abgerechnet. Dafür müssten unter kaufmännischen Gesichtspunkten Rückstellungen gebildet werden.

Das wir uns auch Gedanken darüber machen müssen, ob der Schülerverkehr in dieser jetzigen Form noch finanzierbar ist, haben wir bereits letztes Jahr gefordert. 790.000 € an Beförderungskosten sind nicht so einfach hinnehmbar. In anderen Kommunen gibt es Ansätze, durch Änderungen der Schulanfangszeiten den Schülerverkehr zu optimieren.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

In den Ausschüssen wird sehr häufig die vom Land zugewiesenen Pauschalen kritisiert. Wie sieht das aber in der Realität aus? Jetzt, da Lüdinghausen auch kurz vor einem Haushaltssicherungskonzept steht? Wie sieht der investive Bereich aus?

An Pauschalen bekommen wir vom Land an Schulpauschale 585.000 € und an Sportpauschale 57.000 €. Gesamt 642.000 €. Für Investitionen tätigen wir hier 340.000 €, verbleiben 302.000 €!

Für den Feuerschutz erhalten wir 84.000 € und Investieren in die Wache, und in Geräte insgesamt 380.000 €, Verbleibt eine Unterdeckung von 296.000 €.

An Erschließungskosten soll 820.000 € von den Bauherren eingenommen werden. Dem stehen Ausgaben von 897.000 € für Baugebiete und 150.000 € für Beleuchtung gegenüber: Unterdeckung 227.000 €.

Wehranlage an der Stever: Zuschuss Land: 51.000 €; Ausgaben 70.000 €; Saldo 19.000 €

Investitionspauschale 730.000 €
Krankenhauspauschale 127.000 €

Von der Investitionspauschale verbrauchen wir tatsächlich 722.000 €, von denen weitere 75.000 € vom Land als Zuschuss ÖPNV fließen würden. Kein einziger Euro aus eigenem Vermögen wird für eigene Investitionen eingesetzt.

Die Investitionsrate aus Eigenmitteln ist gleich null. Wir finanzieren die Hochbaumaßnahmen für die Feuerwehr aus der Schul- und Sportpauschale und hier sei die Frage erlaubt, ob nicht die Erweiterung der Mariengrundschule Vorrang haben muss und ob wir wirklich mittelfristig 2 Feuerwachen haben müssen!! Das ist genauestens zu prüfen. Auch vor dem Hintergrund, dass in Seppenrade Wohnbaugebiete ausgewiesen werden! Die Mariengrundschule wird dann endgültig aus den Nähten platzen!

Die Sanierung der Realschule und der Turnhalle erinnert an die Sanierung des Antonius-Gymnasiums; es scheint ein Fass ohne Boden zu sein. Und es sei auch die Frage erlaubt, ob der neue PKW wirklich für 30.000 € gekauft werden muss oder ob Leasing in Anbetracht der Wahl eines Bürgermeisters nicht angemessener erscheint.

Sportanlage:

Das Investorenmodell für das neue Stadion in Seppenrade erscheint die einzige Möglichkeit, in absehbarer Zeit ein neues Stadion dort oben zu bekommen. Dem Vorschlag der Verwaltung ein Investorenmodell auf Basis der WGZ I + T auszuschreiben, sind wir gefolgt. Das Modell sieht vor, dass der Investor das Stadion baut und im Gegenzug Bauland an der Kastanienallee zur Vermarktung bekommt. Vor 2006 wird hier aber nichts passieren und wir fragen uns, was wird denn jetzt aus dem alten Sportgelände, wenn wir baureife Grundstücke an der Kastanienallee einsetzen.

Die Benutzungsgebühren für die Sportanlagen und insbesondere für das Hallenbad dürfen nicht zu einem ausbluten der Vereine führen. Da spielt die SPD-Fraktion nicht. Wir erwarten, dass es hier zu einer für alle Seiten tragfähige Lösung kommt und die Gespräche letztendlich positiv verlaufen.

Verkehrspolitisch halten wir nach wie vor eine B 474 n als Entlastung nicht nur für Seppenrade langfristig für unverzichtbar. Dieses Thema wurde in der letzten Planungsausschusssitzung noch einmal heftig diskutiert und Peter Mönning in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Bau und Verkehr für seinen Standpunkt heftig von der CDU kritisiert. Wir teilen nicht die Meinung der Fraktion Bündnis 90/Grüne, doch eben diese Meinung hat die Fraktion der Grünen immer vertreten und das wusste die CDU auch nach der Kommunalwahl. Herr Dr. Wald, das ist der Preis für 2 stellvertretende Bürgermeister der CDU, daran sind sie selber Schuld.

Über die Verkehrsproblematik an der Selmer Straße haben wir lange in den Ausschüssen beraten. Es wurde den Bürgern auch zugesagt diese Maßnahmen umzusetzen. Ich vermisste jedoch in diesem Haushalt die erforderlichen Mittel. Wie und aus welchem Topf sollen diese Maßnahmen denn bezahlt werden? Und wenn diese Maßnahmen umgesetzt werden, muss sichergestellt sein, dass es an anderer Stelle nicht zu erhöhten Verkehrsbelastigungen kommt. Verkehrsberuhigende Maßnahmen sind dort umzusetzen, wo sie auch sinnvoll sind und dürfen nicht zu Belastigungen an anderer Stelle führen.

Vielleicht das zentrale Thema in den letzten Monaten war, ist und wird die Stärkung der Innenstadt sein. Nach dem Abzug von Edeka aus unserem Zentrum ist ein riesiges Loch entstanden. Nun kommt dort ein Schuhpark, eine Modekette und ein Haushaltswarengeschäft rein. Schön. Dies deckt aber nicht die Lücke im Lebensmittelbereich, die Edeka hinterlassen hat. Ein Frischemarkt ist leider nicht dabei.

Mittelzentren werden definiert als Anlaufpunkt für die Versorgung an Waren, Dienstleistungen und Infrastrukturangeboten, die durch die umgebenden Unterzentren nicht gedeckt werden kann. Zumindest die Grundversorgung wird in den Unterzentren besser geregelt.

Herr Bürgermeister, sie sprachen in ihrer Haushaltsrede auch das Thema NKF an, neues kommunales Finanzmanagement. Johann Wolfgang von Goethe schrieb in Wilhelm Meisters Lehrjahre: Welche Vorteile gewährt die doppelte Buchführung dem Kaufmanne! Es ist eine der schönsten Erfindungen des menschlichen Geistes, und ein jeder guter Haushalter sollte Sie in seiner Wirtschaft einführen. Ab 2008 soll dies auch in Lüdinghausen eingeführt werden. Das bis dahin noch viel zu leisten ist, ist richtig, aber NKF wird das rund 200 Jahre gültige kameralistische Haushalts- und Rechnungswesen ablösen. Was wird es uns bringen? Werden wir dann mehr Geld haben? Nein keinen Euro, aber wir wissen dann besser, dass wir zu wenig Geld haben, zu wenig Geld, die Vermögenssubstanz zu erhalten.

Die SPD-Fraktion hat zur HFA-Sitzung einen Antrag eingebracht, der darauf zielt, einerseits den Einsatz regenerativer Energien zu fördern, andererseits aber auch die daraus zu erlösenden Gewinne für die Bürger unserer Stadt zu nutzen. Wir sind enttäuscht, wie dieser Antrag von der Verwaltung behandelt wurde, schließlich ging es uns um Verbesserung der Einnahmeseite. So halbherzig darf man auch mit Anträgen der SPD nicht umgehen und haben beantragt, diesen Tagesordnungspunkt erneut in der nächsten Sitzung aufzunehmen, dann aber mit der nötigen Ernsthaftigkeit! Dieser Antrag wurde abgelehnt und es spiegelt die mangelnde Bereitschaft der Mehrheitsfraktion wieder, neue Wege zu versuchen.

Der Antrag der FDP, der einen Einstellungs- und Beförderungsstop in der Verwaltung fordert, würde zwar die Personalkosten senken, doch wir konnten diesem Antrag nicht folgen. Das Gemeindeprüfungsamt hat bei der letzten Prüfung festgestellt, dass in Lüdinghausen eine sparsame Personalpolitik betrieben wird. Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, dass bei weiter steigenden Aufgaben der Kommune ein Einstellungs- und Beförderungsstop zu Lasten der qualitativen Arbeit in der Verwaltung führen kann. Das auch nach außen sichtbare überdurchschnittliche Engagement der Mitarbeiter würde dadurch in Frage gestellt.

Fazit:

Seit 1993 fahren wir bis auf 3 Jahre einen strukturell defizitären Haushalt. In diesem Zeitraum haben wir annähernd 12 Mio. € aus Grundverkäufen im Verwaltungshaushalt verbraucht mit einem Rekordergebnis im Jahre 2005. Jede Investition muss auf ihre Folgekosten hin überprüft werden. Grundstückskäufen werden wir auch zukünftig nur zustimmen, wenn ihre kurzfristige Verwertung auch sicher gestellt ist. Das hat der Rat auch im letzten Jahr trotz des angeblich brutalstmöglichen Sparwillens der CDU nicht immer beherzigt. Wir erkennen aber an, dass wir Aufgaben vor uns haben, Hartz IV; offene Ganztagsgrundschule und den Einstieg in die Betreuung von unter 3-jährigen, die bewältigt und angepackt werden müssen. Wir erkennen auch an, dass die finanziellen Rahmenbedingungen sich nicht verbessert haben, der erneute Einbruch bei der Gewerbesteuer spiegelt das deutlich wieder und zeigt auch auf, wie schwierig es der Kämmerer gehabt haben muss, diesen Haushalt aufzustellen. Wir leisten uns – und das ist auch gut so – weiterhin die sogenannten freien Spitzen, das heißt die Zuschüsse zu den Vereinen und Verbänden.

Die SPD-Fraktion ist aber der Ansicht, dass dieser Haushalt mit zu großen Risiken behaftet ist und das sich an der Struktur gegenüber dem Vorjahr nicht viel geändert hat. Wir konnten dem Haushalt 2004 nicht folgen und können es auch dieses Jahr nicht. Die SPD-Fraktion lehnt daher den vorgelegten Haushaltsentwurf ab. Dem Stellenplan stimmen wir zu!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

